

NATO-Gipfel, Schottland-Deal, Alaska-Treffen

Anmerkungen zum Verhältnis der USA zu ihren europäischen Alliierten

Das NATO-Treffen, der Schottland-Deal, auch der Gipfel mit Putin in Alaska und anschließend mit Selenskyj und Partnern in Washington: auf welche Vorteile für Amerika, auf welchen greifbaren Nutzen will Trump eigentlich hinaus, wenn er so mit seinen europäischen Alliierten umspringt? – fragt man sich beiderseits des Atlantik; gerne mit Blick auf vorgestellte „wohlverstandene Eigeninteressen“ der USA, aber auch mit Bezug auf die ganz disparaten Äußerungen des Präsidenten selbst dazu, denen eine eindeutige Antwort nicht zu entnehmen sei. Was will, was kann er mit den ominösen „5 %“, mit 15%igen Zöllen, mit 100en-Milliarden-Zusagen über Importe aus und Investitionen in Amerika, mit Freundlichkeiten gegenüber Russlands Präsidenten und unklaren Schutzzusagen für die Ukraine überhaupt „konkret“ erreichen?

Vielleicht ist das ja die falsche Frage.

Klarer sind jedenfalls Rückschlüsse aus seinen erpresserischen „Deals“ und seinen Initiativen zur Kriegsbeendigung darauf, *was* ihn an Europa und den Europäern *stört*, und *inwiefern*.

Was ist denn

mit den 5%-Zusagen beim NATO-Gipfel? Gemeint sind sie, werden jedenfalls von den Partnern genommen als Bedingung dafür, dass Amerika überhaupt im Bündnis bleibt. Aber sonst? Seitens Amerika wird kein bestimmter strategischer Zweck damit verknüpft, kein weltpolitisches Programm auch nur ins Auge gefasst, keine Abmachung über nächste Vorhaben getroffen. Klar ist stattdessen die Absage: Vom amerikanischen Steuerzahler gibt es für die NATO nichts mehr wie bisher, was auch immer sie sich vornimmt; und schon gar nichts für das, was sie gerade treibt, nämlich für den Ukraine-Krieg. Was es, und nicht nur dafür, reichlich gibt, sind Rüstungsexporte, an denen Amerika verdient. Aber auch die sind nicht der wahre Zweck: Sie stehen für das von Trump geforderte Eingeständnis der Alliierten, dass das Bündnis bislang nichts als eine große Unkost für Amerika zugunsten der Europäer war; und für die unwiderrufliche Beendigung dieses unmöglichen Zustands. Amerika braucht die Europäer nicht, jedenfalls nicht wie bisher; wenn die Amerika brauchen, müssen sie nicht bloß zahlen, sondern mit eigenem Aufwand – wofür auch immer – beweisen, dass sie Amerika auf keinen Fall – *wie bisher!* – ausnutzen. Und zwar definitiv: mit dauerhaften Vorentscheidungen über ihre Staatshaushalte, immerhin über fast doppelt so viel, wie die sich im Rahmen der EU an neuen jährlichen Staatsschulden zugestehen.

Das ist der weltpolitische Stellenwert, den Trump seinen Alliierten in ihrer Eigenschaft als Alliierte zuweist: so wie bisher für die Weltmacht nichts wert.

Und was ist

mit dem schottischen Deal mit von der Leyen? Die Drohung mit Zöllen in unabsehbarer Höhe – Richtwert fürs Erste 30 % –, dann auf „bloß“ 15 % festgelegt: das ist keine, auch keine erpresserische Abmachung über neue förmliche Konkurrenzbedingungen in der transatlantischen Handelspolitik. Das Zoll-Diktat ist schlichtes Wegnehmen, direktes Umlenken von Gelderlösen in Amerikas Kassen; und das unabhängig davon, wie viel von dem sich wie auszahlt. Es ist, seinem politischen Gehalt nach, ein korrigierender Eingriff in die *Resultate* der globalen Konkurrenz mit der EU vom Standpunkt absoluter politischer Herrschaft über den kapitalistischen Welthandel. Das einzige europäische Interesse, an das dieses Diktat anknüpft, ist das pur negative an der Vermeidung noch größerer Schäden.

Andere Angebote als das, sich gemäß Trumps Ansprüchen um die Bereicherung Amerikas verdient zu machen, gibt es nicht. Auch nicht das, gegen Dritte gemeinsame Sache zu machen.

Im gleichen Sinn, in derselben Weise ist Europas Unterwerfung unter aberwitzig hoch bezifferte Forderungen nach Energie-Importen und Investitionen keine auch nur der Form nach einvernehmliche, auch keine erpresserisch einseitige Lösung irgendeines weltwirtschaftlichen Problems, weil es ein gemeinsam zu lösendes, und sei es noch so hartes Konkurrenzproblem nicht gibt. Was es gibt, ist die von Trump so definierte ungerechte Bereicherung der EU, die mit einem dezidiert willkürlich bezifferten Transfer von Geld und Kapital aus Europa nach Amerika direkt angegangen – was für Trump keineswegs heißt: wiedergutmacht – wird.

Der Transfer hat sein Maß auch nicht in einem definierten, sei es Kurz- oder Langzeit-Nutzen der US-Wirtschaft. Vielmehr im Standpunkt absoluter, von Europa jedenfalls nicht – länger – begrenzbarer amerikanischer Verfügungsmacht über den Gang der transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen. Der darin enthaltene Angriff auf Europas „grüne“ Energiepolitik, ebenso der auf die Industriestandortpolitik der europäischen Staaten dokumentieren die Reichweite imperialistischer Souveränität, die für Trump kein Projekt, sondern selbstverständliche Sachlage ist, von der alle Beteiligten auszugehen haben. Das ist jetzt der neue Stellenwert der Partner, deren beiderseits berechnende Partnerschaft über Jahrzehnte zu dieser einseitig entschiedenen Sachlage geführt hat. Die von der Leyen im Namen Europas anerkennt.

Was ist schließlich

mit dem amerikanisch-russischen Gipfeltreffen in Alaska und dem anschließenden Aufmarsch der Europäer zum „Gegengipfel“ in Washington?

Im ersten Akt demonstriert der US-Präsident ein freies, unbelastetes bilaterales Interesse seines Landes an Russland; den Willen zu beiderseits nützlichen Beziehungen, in denen die Europäer im Allgemeinen, die Ukrainer im Besonderen nichts verloren haben. Inszeniert wird hoheitlicher Respekt vor Putin als dem Präsidenten des – zwar nur flächenmäßig, aber immerhin – größten Landes der Welt mit enorm viel ökonomischem Potential. Und jedenfalls *nicht* als dem Befehlshaber einer Weltmacht, die um Gleichrangigkeit mit den USA und Anerkennung ihres Status durch die USA einen Krieg führt und auf jeden Fall kriegerisch zu bekämpfen ist.

Für die Ukraine bedeutet das: Den Krieg dort bezieht Trump nicht – mehr – auf Amerikas Weltmacht-Monopol, das dadurch angegriffen würde. Dass die US-Regierung das vor seinem zweiten Amtsantritt getan hat, gehört zu den unverzeihlichen Sünden der Vorgänger-Administration, die unterblieben wären, hätte man ihm nicht seinen Wahlsieg gestohlen – das Thema assoziiert der Mann bei jeder Gelegenheit, für ihn passt das immer. Für ihn ist der Ukraine-Krieg außerdem eine Affäre innerhalb Europas, ein Kampf zwischen der respektablen, wegen ihrer Größe und Stärke mit ihren Interessen ernstzunehmenden Großmacht und einem kleinen Nachbarland, das auf Amerikas Kosten einen Krieg weit über die eigenen Fähigkeiten hinaus führt und ohne guten Grund unbedingt immer weiter führen will. Der Krieg stört wegen der bloß kostspieligen Verwicklung der USA und als Hindernis für ihren vorteilhaften Zugriff auf die Region. Dabei stören seine Macher ganz unterschiedlich: Putin damit, dass er die eigentlich doch auch von ihm gewünschten vorteilhaften Beziehungen zu Amerika behindert und

VORTRAG & DISKUSSION

Trumps Zollkrieg
US-Imperialismus 2.0

Referent: ein Redakteur der Zeitschrift GEGENSTANDPUNKT

Frankfurt: Mittwoch, 5. November 2025, 19 Uhr
DGB-Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Straße 69
Zugang über den Hof, Veranstalter: farbeROT

Marburg: Dienstag, 4. November 2025, 19 Uhr
Raum: siehe www.gs-marburg.de
Veranstalter: Gruppe GegenSatz Marburg

Dass „wir“ Trump nicht leiden können, ist in Deutschland und Europa ausgemachte Sache in den etablierten Kreisen von Politik und Öffentlichkeit. Letztere bewährt sich darin, alle Register der Hetze zu ziehen, mit der sie bisher eher die Unholde östlicher und südlicher Weltgegenden dem Publikum zwecks herzlicher Verachtung nahegebracht hat.

Das nehmen die Vertreter der wirklichen Politik gern zur Kenntnis – zum Leitfaden ihres Umgangs machen sie diese Hetze aber nicht: Sie üben sich in berechnendem Opportunismus, wenn sie mit Trump zu tun haben, und geben damit den parteilichen Kommentatoren die teilnahmsvoll idiotische Frage auf, ob sie das mehr als Klugheit feiern oder als Eingeständnis von Machtlosigkeit peinlich finden sollen. An Trump stören eben in Wirklichkeit nicht die ihm nachgesagten Untugenden, sondern der Inhalt seiner Politik und die Macht, mit der er diese verfolgt.

Darum will unser Vortrag auf die imperialistische Konsequenz aufmerksam machen, die in Trumps Bruch mit den Verkehrsformen und Rechnungsweisen der bisherigen Weltwirtschaftsordnung steckt. Das erpresserische Eintreiben von Tribut bei allen Handelspartnern ist seine Antwort auf den Widerspruch der globalen Konkurrenzordnung zum Nutz und Frommen des einen sie stiftenden Konkurrenten. Und er kann das wegen der ungeheuren Leistung, die die vielgerühmte „regelbasierte Weltwirtschaft“ für ihren amerikanischen Urheber erbracht hat.

sich insoweit als widerspenstig erweist; Selenskyj dadurch, dass er sich so aufführt, als wäre sein fremdfinanzierter Krieg ein erfolgversprechender Einsatz im Sinne und zum Nutzen der USA und deswegen deren Unterstützung wert.

Die Europäer sind dadurch betroffen, dass sie in Trumps Verhältnis zu Russland praktisch gar nicht, in seiner Stellung zum Ukraine-Krieg auf jeden Fall nicht mehr als Alliierte vorkommen, die mit den USA einen gemeinsamen Kriegszweck verfolgen. So nehmen die führenden europäischen Machthaber die – durch den Alaska-Gipfel bestätigte – transatlantische Lage auch wahr. Und sie stellen sich darauf ein, indem sie ihrem antirussischen Engagement in der Ukraine einen neuen strategischen Inhalt beilegen: Dem Willen der Amerikaner zur Beendigung des Ukraine-Kriegs treten sie entgegen und entsprechen sie zugleich mit dem Standpunkt, dem von Trump gewollten Frieden und schon jedem Schritt dahin sei nur durch weitere Sanktionierung Russlands und eine durch die USA garantierte Abschreckung näher zu kommen. Ihre militärische Unterstützung ihres kriegführenden Vorpostens und ihren Willen, die unerbittlich fortzusetzen, präsentieren sie der kriegsunwilligen Weltmacht als Unterstützung des Friedensprozesses, den der große Noch-NATO-Partner auf die Tagesordnung gesetzt hat, die er also doch auch wollen muss. So wäre wenigstens ein Moment der ursprünglichen Zielsetzung, Russland in der Ukraine mit fortdauernder Gewalt mit dem Monopol des Westens auf eine europäische Friedensordnung zu konfrontieren, als gemeinsames transatlantisches Anliegen gerettet. In dem Sinn treten die wichtigsten Inhaber und Repräsentanten europäischer Anti-Russland-Macht sofort nach „Alaska“ in Washington zu einem „Gegengipfel“ an. Zeitpunkt und Ziel ihrer Versammlung in Trumps Weißem Haus er-

klären sie als diplomatische Intervention zugunsten des ukrainischen Präsidenten, dem Trump gleich nach seiner Begegnung mit Putin die Gelegenheit gibt, sich dafür zu bedanken, dass der US-Chef die berechnende Zustimmung des Kreml-Chefs zur Perspektive einer amerikanisch vermittelten Stornierung und Beendigung des vielen Tötens in der Ukraine eingeholt hat.

Die Führer Europas bedanken sich gleichfalls; gemeinsam mit ihren Kommentatoren besonders dafür, dass Trump den Mann aus Kiew nicht wieder so schlecht wie im Frühjahr behandelt hat. Und bestätigen damit, was ihr „Gegengipfel“ in Washington *für* Washington bedeutet, also weltpolitisch *ist*: ein Treffen mit dem entscheidenden, wenn nicht – aus US-Sicht sowieso – einzigen Inhalt, dass sie den Vorgaben des MAGA-Imperialismus folgen. Das vorausgesetzt, könnten sie sogar für die ungeschmälerte Herrschaft der amerikanischen Weltfriedensmacht wieder nützlich sein mit ihrer antirussischen Entschlossenheit; für den Fall nämlich, dass Putin mit seinem Krieg Amerikas Anspruch auf Anerkennung seiner unteilbaren Bestimmungsmacht über die Staatenwelt als erste weltpolitische Tatsache am Ende doch zu sehr stört – eine Ermessensentscheidung, die selbstverständlich nicht der Störer, sondern MAGA trifft. Insoweit stören die Europäer mit ihrem kriegerischen Friedenswillen nicht nur nicht; so gefallen sie Trump sogar, kriegen Komplimente – und vom Vize sogleich den Auftrag, im Fall einer nötigen Friedenssicherung die nötigen Lasten zu übernehmen, ohne durch Forderungen nach Schutz durch Abschreckung gleich wieder die Freiheit Amerikas einschränken zu wollen.

Denn um die geht es. Worum sonst könnte es in der Welt überhaupt gehen? ◀

Zum ‚notwendig falschen Bewusstsein‘ der ‚Charaktermasken‘ der kapitalistischen Produktionsweise

„Es erscheint also in der Konkurrenz alles verkehrt. Die fertige Gestalt der ökonomischen Verhältnisse, wie sie sich auf der Oberfläche zeigt, in ihrer realen Existenz, und daher auch in den Vorstellungen, worin die Träger und Agenten dieser Verhältnisse sich über dieselben klarzuwerden suchen, sind sehr verschieden von, und in der Tat verkehrt, gegensätzlich zu ihrer innern, wesentlichen, aber verhüllten Kerngestalt und dem ihr entsprechenden Begriff.“ (Karl Marx, Das Kapital Bd. 3, MEW 25, S. 219)

Marx attestiert den Machern und Mitmachern der kapitalistischen Konkurrenz ein *notwendig falsches Bewusstsein*. Nicht von irgendetwas oder von allem Möglichen – dafür wäre eine Notwendigkeit auch schwerlich zu ermitteln –, sondern von den Notwendigkeiten, die allgemein und unausweichlich das materielle Dasein in dieser Welt bestimmen: Geld zu verdienen und damit einen Lebensunterhalt zu bestreiten. Eine verkehrte Wahrnehmung also von dem universellen Sachzwang schlechthin, den jeder kennt, mit dem jeder rechnen und praktisch klarkommen muss.

Tatsächlich sind darüber, insbesondere über Nöte und Chancen der Bewältigung dieser Lebensaufgabe, haufenweise falsche Vorstellungen in Umlauf. Aber so viel weiß dann doch jeder auch nur halbwegs lebensstüchtige Zeitgenosse von der und über die Realität: dass man zum Leben Geld braucht und dass es im Wesentlichen zwei Wege gibt, sich welches zu beschaffen: Man verdient es bei einem Arbeitgeber, der an der Arbeit, zu der man bereit ist, ein Interesse und Geld dafür übrig hat; oder man hat, woher auch immer, genügend überschüssiges Geld, um es lohnend zu investieren, als Arbeitgeber in eine eigene Firma oder als Kredit für einen Zins- oder ähnlichen Ertrag. Allgemein bekannt und als Realität wahrgenommen ist dabei auch die Tatsache, dass sich regelmäßig entgegengesetzte Interessen auf dieselbe Geldsumme richten: Arbeitgeber und Arbeitnehmer konkurrieren um den Preis der zu bezahlenden Arbeit; in der Folge konkurrieren bisweilen Firmen um brauchbare Arbeitskräfte und ganz oft Arbeitnehmer um einen Job; die Minderheit, die von Zinseinkünften lebt, mischt dabei renditeorientiert auf Arbeitgeberseite mit. Das ist nicht immer schön; mit Streit um Korrekturen in entgegengesetzte Richtung machen die Interessenvertreter der konkurrierenden Parteien sich wechselseitig das Leben noch extra schwer; und dazu bieten sie ideologische Rechtfertigungen ihres Standpunkts auf, die nicht bloß die jeweilige Gegenseite verkehrt findet, sondern die interessiert falsch gestrickt sind. Aber worum es wirklich geht, das ist im Grunde allemal klar: Jede Seite kapriziert sich auf ihre Einkommensquelle, kämpft um deren Ertrag mit dem Druckmittel der Abhängigkeit der Gegenseite. So weit, so gut oder auch schlecht. Aber was ist daran *verkehrt*? Wo ist hier *falsches Bewusstsein* am Werk? Und das auch noch *notwendig* – mit was für einer Notwendigkeit denn?

Inwiefern falsch

Es ist keine besondere, jedenfalls keine besonders schwierige Einsicht, dass die Rechnung mit der eigenen Erwerbsquelle für die große Masse der Geldverdiener nicht wirklich aufgeht, und das nicht bloß zufällig. Mit ihrem Einkommen sind sie *abhängig* vom Arbeitskräftebedarf der Gegenseite. Schon um einen Arbeitsplatz, der ihnen überhaupt ein Entgelt einbringt, müssen sie in einen Vergleich eintreten, den ihr Arbeitgeber nach seinem Bedarf bestimmt und zwischen einer Mehrzahl von Bewerbern – oder per Streichung des Arbeitsplatzes gar nicht mehr anstellt. Denn *dessen* in Geld resp. Geldersparnis bemessener Nutzen ist für Arbeitsuchende und Angestellte Bedingung ihres Gelderwerbs. Dass der sich nicht am Bedarf des Arbeitnehmers bemisst, im Verhältnis zu dessen Lebensnotwendigkeiten prinzipiell knapp ausfällt – Ausnahmen von der Regel machen das auch nicht besser –, dass folglich die Sphäre der individuellen Freiheit durch den Zwang zu kritischem Sich-Einteilen ganz gut ausgefüllt ist, ist damit auch schon entschieden. Außer der Ableistung der bezahlten Arbeit ist daher immer wieder ein Kampf um bessere Arbeitsbedingungen, vor allem aber gegen deren schleichende oder offene Verschlechterung vonnöten – ein extra klarer Hinweis, dass von Arbeit

als verfügbarer eigener Erwerbsquelle der Arbeitnehmer nicht die Rede sein kann. Ohne Zweifel haben die sich im Großen und Ganzen mit dieser Lage arrangiert; durchaus nicht bloß passiv, sondern mit einem mehr oder weniger zähen Bemühen, aus ihrer doppelten Konkurrenzsituation – gegen den Arbeitgeber und untereinander – das Beste zu machen. Das kommt allerdings schon dem Eingeständnis nahe, dass das, was sie *als ihr* ökonomisches Vermögen betätigen, das gar *nicht* ist. Aber was ist es dann?

Der Form nach, dem Kalkül beider Seiten zufolge, ist das Arbeitsentgelt eben das: Bezahlung der vereinbarungsgemäß geleisteten Arbeit. Aber was heißt da schon ‚Arbeit‘? Ihr ganzer Inhalt fällt in die Zuständigkeit des – nicht zufällig so genannten – Arbeitgebers; dessen Anforderungen hat der – folgerichtig so genannte – Arbeitnehmer zu erfüllen, sich dafür herzurichten und herzugeben. So wenig wie der wirkliche ökonomische Inhalt der Arbeit im Handwerk oder in den Kopf- und Nervenleistungen des Arbeitnehmers, so wenig besteht ihr wirkliches ökonomisches Ergebnis in ihrem materiellen Resultat, der produzierten Sache oder Dienstleistung; vielmehr darin, dass der Arbeitgeber es zu Geld macht, das *ihm* gehört. Und was heißt da schon ‚bezahlt‘? Der Zweck des Ganzen besteht in dem für den Arbeitgeber günstigen Verhältnis zwischen der Summe, die er für die Herstellung zahlt, und der, die er im Verkauf einnimmt. Seinem ökonomischen Zweck und wirklichen Inhalt nach ist das Arbeitsentgelt der Preis, den der Arbeitgeber zahlen muss, um frei über die Arbeit seiner Arbeitnehmer und über den Verkaufserlös vollständig zu verfügen. Die ökonomische Wahrheit der Erwerbsquelle Arbeit ist die Verfügungsmacht des Arbeitgebers über Arbeitskraft als Mittel der Geldvermehrung in seinen Händen. Die ändert zwar nichts daran, dass der Arbeitnehmer als freier Mensch über sich, i. e. seine Fähigkeiten und seine Lebenszeit verfügt und die seinem Arbeitgeber notgedrungen, aber berechnend gegen Geld zur Verfügung stellt. Und das ist Grund genug für das Selbstbewusstsein, dass doch er selbst, willentlich und bewusst, seine eigene Erwerbsquelle ist, was der gesellschaftliche Konsens – zwar mit ein paar einschränkenden Bedingungen, aber im Prinzip – als Selbstverständlichkeit bestätigt. Die Wahrheit ist es dennoch nicht: Ohne Arbeitgeber als Nutznießer findet Arbeit gar nicht statt – überflüssig zu sagen, dass das im ‚Öffentlichen Dienst‘ analog ebenso der Fall ist –; von sich aus, als irgendwie materiell nützliche Tätigkeit, ist sie ökonomisch nichts wert; zu Geld wird ihre Leistung nur als geldwertes Eigentum des Arbeitgebers, also *nicht* dessen, der sie geleistet hat. Falsch genug ist das Bewusstsein des Arbeitnehmers von seiner Arbeit also allemal; und eine individuelle Täuschung ist es auch nicht, vielmehr Allgemeingut und auch wissenschaftlich im Prinzip anerkannt. Aber deswegen auch schon *notwendig*? Und wenn: in welchem Sinn?

Für die andere Seite, die Arbeitgeber und geschäftlich engagierten Besitzer eines hinreichend großen Geldvermögens, geht die Rechnung mit ihrem Eigentum als Geldquelle im Prinzip ganz gut auf; Ausnahmen bestätigen die Regel. Gründe und Anlässe, das schöne Verhältnis kritisch zu hinterfragen, gibt es aber auch für sie mehr als genug. Denn mit ihrem Reichtum besitzen sie zwar eine Menge frei verwendbare Verfügungsmacht über alles Käufliche; und was wäre in der modernen Welt nicht für Geld zu haben. Mit dessen Anwendung als Geldquelle gehen sie aber unweigerlich Abhängigkeiten ein, die sie nicht selbst in der Hand haben: von Bedingungen der Einkaufs-, Verkaufs-, Kredit-, sogar der Arbeitsmärkte, auf denen sie, aber auch zahllose Konkurrenten tätig sind. Deswegen seufzen sie über die permanente Herausforderung, diese Bedingungen – immer wieder, täglich neu – in den Griff zu kriegen; sie bezahlen dafür, und zwar nicht schlecht, eigene Angestellte oder Beratungsfirmen, die ihrerseits von einer unsicheren Auftragslage und ihrer erst recht nicht sicher kalkulierbaren Erfolgsbilanz abhängig sind. Zu ihrer Unterstützung gibt es zwei komplexe Wissenschaften, BWL und VWL, die sich der Ermittlung und Erklärung einer unübersichtlichen Vielzahl bestimmender Einflussgrößen des allgemeinen wie des besonderen Wirtschaftsgeschehens und sogar der Quantifizierung deren Einflusses

widmen; so wie die Naturwissenschaften, die objektive Determinationszusammenhänge und deren quantitativ erfassbare Ausgangsbedingungen erforschen, um daraus Technologien abzuleiten, mit denen sich diese Zusammenhänge für an die Natur herangetragene eigene Zwecke nutzbar machen lassen. So ähnlich, jedenfalls mit der gleichen Absicht erarbeiteten Wirtschaftswissenschaftler und Beratungsinstitute Prognosen über zu erwartende Abläufe und Wirkungszusammenhänge und daraus ableitbare Rezepte für wirtschaftspolitische und Unternehmensentscheidungen, die sich durch maximale Praxisnähe auszeichnen wollen. Den Kapitalisten geben sie Tipps für ihre Konkurrenzkämpfe, die wie objektiv haltbare Richtlinien daherkommen, als solche aber schon deswegen nicht funktionieren können, weil sie stets an alle Konkurrenten gehen und auch denen zum Erfolg verhelfen wollen; bestenfalls systematisieren sie den berechnenden Menschenverstand der engagierten Geschäftemacher selbst. Politisch Verantwortliche versorgt die Schwesterdisziplin mit Vorhersagen, deren Realismus darin besteht, dass sie dauernd so „zeitnah“ wie möglich den Realitäten angepasst werden, die sich auf ihre eigene Weise, nicht zuletzt aber ausgerechnet dadurch prognosewidrig verändern, dass die mächtigen Macher des Geschehens sich an wissenschaftlich fundierte Empfehlungen halten wie an technische Rezepte. So liefern die einschlägigen Wissenschaften per Saldo einen speziellen Beleg für das ohnehin allgemein Bekannte, dass das Glück der Kapitalisten, der Arbeitgeber wie der Finanzleute, vom sinnreichen Einsatz ihres Vermögens gut leben zu können, von lauter Umständen abhängt, die einerseits wie vorgegebene, nach einer eigenen Sachlogik funktionierende Naturbedingungen wirken, andererseits keinen wirklichen Determinationszusammenhang erkennen lassen und sich deswegen einer Handhabung nach dem Vorbild einer auf Erkenntnis gegründeten Technologie widersetzen. Zugleich zeugt dieser ganze akademische, von klugen Think-Tanks ins Werk gesetzte Überbau von dem unverdrossenen Glauben, und zwar keineswegs bloß der professionellen Ideologen der Marktwirtschaft, dem Gebrauch großer Geldvermögen als profit- resp. zinsbringender Erwerbsquelle läge letztlich eine ausnutzbare Gesetzmäßigkeit, insofern eine praktische Vernunft zugrunde. Die Praktiker selbst, jedenfalls solange sie Erfolg haben, halten sich sowieso für die Meister der ökonomischen Selbstständigkeit, in der einsamen Spitze der kapitalistischen Hierarchie in selbstironischer Bescheidenheit für die „Master of the Universe“. Und wenn dann doch der Profit ausbleibt und die Portfolios schrumpfen statt wachsen und das berechnend weggegebene Geld einfach weg ist, beklagen die Betroffenen eine sachwidrige Störung, finden ihr Recht auf Erträge verletzt und beleidigt: genügend falsches Bewusstsein also auch bei der Elite. Und auch da weit mehr als ein soziokulturell verallgemeinerter Irrtum, der sich durch einen klaren Blick auf die wirklichen Verhältnisse korrigieren ließe. Aber auch hier: *notwendig*? Und wenn: *inwiefern*?

Inwiefern notwendig

Tatsache ist, dass Gelderwerb – der einen durch Einsatz ihres Geldvermögens, der anderen durch Verkauf von Arbeitsvermögen und Lebenszeit – *das* Lebensmittel der Menschen in der Welt der kapitalistischen Konkurrenz *ist*; nicht irrträumlicherweise, sondern ganz handfest praktisch. Arbeit resp. Geld *ist* ihr Mittel; für die einen, weil sie kein anderes haben, für die anderen, weil sie genug davon haben. Und nicht nur das: Indem sie ihren Lebensunterhalt so bestreiten, *re-produzieren* sie ihr Geld resp. sich selbst als ihre Erwerbsquelle und damit ihre Abhängigkeit von der Notwendigkeit – bzw. der Chance –, so ihr Geld zu verdienen. Tatsache ist ebenso: Indem die Menschen so handeln, erweist sich in ihrer Praxis, dass Geld und die Bemühungen um seinen Erwerb das zweckmäßig geschaffene und sinnreich reproduzierte Mittel ihres Lebensunterhalts *nicht* sind: Bezahlte Arbeit erweist sich regelmäßig als Quelle eines feststehenden, nur in seinem Ausmaß variablen Schadens, eines Opfers an Physis, Verstand und Lebenszeit; die freie Verwendung von Geld als Kapital verstrickt die glücklichen Vermögenden in lauter nicht wirklich beherrschbare Sachzwänge. Zweck und Mittel widersprechen einander. Im berechnenden Umgang der Menschen mit der Natur, der eigenen wie der außermenschlichen,

kommt so etwas laufend vor; aber solche Widersprüche haben ihren im Prinzip gut erkennbaren Grund in einem naturgesetzlichen Ursache-Wirkungszusammenhang, der dem damit verfolgten Zweck entweder noch nicht – hinreichend – gemäß gemacht worden oder gar nicht zu unterwerfen ist. Mit dem Geld und den Notwendigkeiten seines Erwerbs hingegen schaffen und reproduzieren die Menschen selbst ihr entscheidendes ökonomisches Überlebensmittel, das gleichwohl wirkt wie eine unbeherrschte Naturbedingung; ein Mittel, das ihre Berechnungen und ihr Handeln beherrscht, statt dass sie es beherrschen.

Der Widerspruch hat seinen Grund, seine Notwendigkeit nicht im falsch gepolten Nachdenken der Leute, sondern in der Sache, mit der sie sich herumschlagen: in der ökonomischen Natur des unverzichtbaren Lebensmittels, des gesellschaftlichen Reichtums, den Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit dem Gebrauch ihrer jeweiligen Erwerbsquelle produzieren. Dieser Reichtum ist nämlich in widersprüchlicher Weise doppelt bestimmt. Hergestellt werden Dinge, die einen Gebrauchswert haben; davon lebt die Gesellschaft schließlich; das ist trivial. Ebenso selbstverständlich ist in der realen, der kapitalistisch produzierenden Gesellschaft, dass die nützlichen Produkte nicht nach ihrem Gebrauchswert, ihrem materiellen Nutzen als Reichtum zählen, sondern nach ihrem Preis, der *trennend* zwischen den Gebrauchswert und das damit zu befriedigende private oder öffentliche Bedürfnis tritt, bzw. als die Geldsumme, die dafür zu zahlen ist, also den Zugriff darauf – wie auf alle gleichwertigen Waren – gestattet. Was Grund und Inhalt dieser Gleichwertigkeit inkomensurabel unterschiedlicher Gebrauchswerte ist – einer Äquivalenz, die im Geld als eigener ökonomischer Gegenstand existiert –, müssen die ökonomisch handelnden Subjekte nicht wissen; sie gehen ihren Zwecken gemäß damit um; aber *womit* eigentlich? Die Antwort führt auf ein fundamentales Quidproquo: Gleich, untereinander komensurabel sind die im Austausch aneinander gemessenen Erzeugnisse *als* eben das: als nützliche Produkte überhaupt, Elemente des gesellschaftlichen, i. e. in gesellschaftlicher Arbeitsteilung geschaffenen Reichtums, Ergebnisse der Arbeitsleistung der Gesellschaft. Ihre Äquivalenz beruht darauf und drückt aus, dass gleiche Bruchteile des gesellschaftlichen Arbeitsaufwands darin stecken; eines Aufwands, der nicht durch die unendliche Vielfalt inkomensurabel unterschiedlicher produktiver Teilarbeiten bestimmt ist, sondern unter Abstraktion davon allein durch das denen allen Gemeinsame, ihre Dauer. Die *Ökonomie der Zeit*, die die kapitalistische wie überhaupt jede Produktionsweise beherrscht, stellt sich hier in ihren Resultaten, nämlich in deren systematischem Austausch *als Tauschwert* dar: ein Quidproquo, das sich darin vollendet, dass die Äquivalenz der Zeiteinheiten der produktiv geleisteten Arbeit sich verselbstständigt und vergegenständlicht, nämlich in *einem* Produkt existiert, dessen Gebrauchswert – am Ende nur noch – in eben dieser Funktion besteht, Quanta gesellschaftlich aufgewandter Arbeitszeit zu repräsentieren. Das ist der objektive, reale Widerspruch in der Natur des kapitalistisch produzierten Reichtums: Das Geld, um dessen Erwerb sich alles dreht, repräsentiert den *gesellschaftlichen Arbeitsaufwand* in der Weise, dass es ihn im ewigen Prozess des Kaufens und Verkaufens *realisiert* und zugleich nicht nur theoretisch *unkennlich* macht, sondern praktisch jeder rationalen Planung *entzieht*.

Das ist allerdings nur die negative Seite zu dem, was das Geld anstelle jeder bewussten Planung der gesellschaftlichen Arbeit leistet: Es ist deren *eigentlicher Zweck*. Nicht in dem trivialen Sinn, in dem es jedem vor Augen steht, nämlich als Mittel, um am produzierten Reichtum teilzuhaben. Als das allgemeine Äquivalent, in dem Kauf und Verkauf zusammenhängen, der Zusammenhang der gesellschaftlichen Arbeitsteilung sich also in irrationaler Weise realisiert, ist es unbedingte Bedingung und regelndes Prinzip der Produktion. Das macht sich in seinem Gebrauch als Verkaufserlös und Kaufmittel in der Weise geltend, dass es nicht wie die ge- und verkauften Gebrauchsgüter aus dem Handelsverkehr verschwindet, sondern im und durch den Gütertausch, den es vermittelt, erhalten bleibt. Es steht am Anfang und am Ende des Handels. ►

► Zur gesellschaftlichen Arbeit, deren Zusammenhang es herstellt, steht es im Verhältnis des Ausgangs- und des Zielpunkts, damit ihres objektiven, der Güterproduktion vorgegebenen *Zwecks*. Als deren Zweck ist das Geld nicht mehr nur das Mittel, das das Auf und Ab der Güterproduktion vermittelt: Über den Warenhandel nimmt es die Güterproduktion für sich in Dienst; nicht für seine bloße Reproduktion, sondern für sich als das Produkt, um das es eigentlich geht, als Inbegriff des gesellschaftlichen Reichtums; damit für den Zweck, der diesem Reichtum immanent ist: *seine Vermehrung*. Dieser Zweck, Bereicherung durch Geldvermehrung, ist durch das Geschäft mit gleichwertigen Waren und mit Geld als allgemeinem Äquivalent freilich gar nicht zu realisieren. Der Warenhandel, nach dem die herrschende Ökonomie „Marktwirtschaft“ heißt, verweist ausdrücklich zurück auf die in Dienst genommene gesellschaftliche Arbeit. Die kommt unter dem selbstzweckhaften Regime des Geldes doppelt vor: als *käufliche Potenz*, Tauschwert, also Geld zu produzieren, und als *aktiv genutzte Geldquelle*. Oder andersherum: als Quantum Arbeitszeit, die sich als Tauschwert darstellt, also Geld schafft, *und* als Quantum Arbeitskräfte, die für Lohn als Ware mit dem besonderen Gebrauchswert, Tauschwert zu schaffen, zu haben sind. Die ökonomische Wahrheit des Geldes ist somit seine Verfügungsmacht über die Quelle seiner Schöpfung, realisiert in seiner Selbstvermehrung, die von sich aus kein Maß und keine Schranke kennt. Als *Kapital* mit der einzigen Bestimmung *Akkumulation* ist es der von den Menschen selbst geschaffene, aber jedem subjektiven Kalkül wie eine undurchschaute Naturbedingung vorausgesetzte, zwingend vorgegebene Zweck der gesellschaftlichen Arbeit.

Inwiefern Bewusstsein

„Die Konkurrenz, um die immanenten Gesetze des Kapitals ihm als äußere Notwendigkeit aufzuzwingen, kehrt sie scheinbar alle um, verkehrt sie.“ (Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, MEW 42, S. 654)

Dieser Zweck hat seine Sachwalter in den Geldbesitzern, die ihr Eigentum als Kapital zum Mittel ihrer persönlichen Bereicherung machen. Dass es diese Art der Bereicherung gibt, sogar als Beruf, zu dessen Ausübung nicht mehr, aber auch nicht weniger nötig ist als viel Geld über den persönlichen Bedarf hinaus, liegt nicht an ihnen, nicht am Geschick, mit dem sie ihr Geld kapitalistisch einsetzen. Ihren Job gäbe es gar nicht, wäre das Regime des Geldes über die gesellschaftliche Arbeit nicht schon objektiv im Kaufmannswesen enthalten, das nichts als den Händewechsel fertiger Waren damit betrieben hat und betreibt. Von da aus braucht der Fortschritt zur Herrschaft über die Potenz der Arbeit zur Geldschöpfung nur noch die Umsetzung des großen Geldes in die Aneignung der gesellschaftlichen Produktionsmittel und auf der anderen Seite eine Mehrheit freier eigentumsloser Menschen, denen das Geld eben so gegenübertritt: als Preis der Verfügung über ihre Arbeitskraft und Lebenszeit. Zum Beruf des Lohnarbeiters braucht es wiederum nichts als die zum Kapital fortentwickelte Leistung des Geldes, die gesellschaftliche Arbeit als Warenwert zu repräsentieren und zugleich für seine Vermehrung zu funktionalisieren; auf Seiten der Betroffenen nichts weiter als die aus der Not der Eigentumslosigkeit entstehende Bereitschaft, sich so funktionalisieren zu lassen. Die einen wie die anderen, Lohnarbeiter wie Kapitalisten, sind nicht die wirklichen Subjekte der kapitalistischen Produktionsweise, auch wenn sie die de facto veranstalten – sonst macht es ja keiner –: Qua Profession machen die einen ihr Glück, reproduzieren die anderen ihren Dienst und ihren Schaden als – wie Marx es ausdrückt – *Charaktermasken* ihrer Funktion.

Aus den elementaren Bestimmungen des Geldes leitet Marx in den drei Bänden des „Kapital“ das gesamte System der Notwendigkeiten des Kapitalismus ab; immer einschließlich der in der jeweiligen Sache begründeten Verkehrrung dieser Systemnotwendigkeiten in plausible Sachzwänge für das bewusste ökonomische Kalkulieren und Handeln der Mitglieder der gesellschaftlichen Klassen. Die Sache ist fertig mit dem Fazit, dass das System der Mehrwertproduktion den Menschen ihre Funktion darin – Kapital, Lohnarbeit, auch Grundbesitz – als ihre Erwerbsquelle zuweist, um deren Ertrag – Profit bzw. in reiner Form Zins, Lohn, Grundrente – sie unter- und gegeneinander konkurrieren; und dass der in zunehmender Masse reproduzierte gesellschaftliche Reichtum,

der sich tatsächlich gemäß den Gesetzen seiner Entstehung auf diese Erwerbsquellen verteilt, als die Summe aus den je für sich erbrachten produktiven Leistungen der drei erwerbstätigen Klassen erscheint, die folglich bekommen, was sie beitragen. Die verkehrte praktische und theoretische Stellung der Mitglieder der Klassengesellschaft zum gesellschaftlichen Reichtum in seiner Geldform, mit dessen Widerspruch die Erklärung der Produktionsweise beginnt, ist deren notwendiger Endpunkt. Mit ihrer Erklärung hat die Welt des Äquivalententauschs, in der und nach deren Regeln die Menschen sich mit ihrem Lebensunterhalt mit unterschiedlichem Erfolg herumschlagen, sich als System der Ausbeutung erwiesen; nach der Seite hin bleibt definitiv keine Frage offen. Dieselbe Gleichung andersherum gelesen: Die Ausbeutung der Arbeit – also derer, die sie machen – durch und für die Macht des Geldes gemäß seiner kapitalistischen Wahrheit ist nicht eine Sache absichtsvoller Unterdrückung, der systematischen Negation des Eigennutzes der Ausgebeuteten – wie etwa der Sklaven in der Entstehungsphase des US-Kapitalismus –, sondern – im fertigen US-Kapitalismus vorbildlich verwirklicht – *dessen Funktionalisierung* durch das den Arbeitskräften vorgegebene Mittel des freien Gelderwerbs.

Die Praxis: Die Welt der Konkurrenz

„Die Konkurrenz ist überhaupt die Weise, worin das Kapital seine Produktionsweise durchsetzt.“ (Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, MEW 42, S. 625)

Dieser Widerspruch des funktionalisierten Eigennutzes, funktionalisiert für den die Ökonomie beherrschenden Selbstzweck der Kapitalakkumulation, realisiert in der Konkurrenz um Erträge aus dem Gebrauch von Geld, Lohnarbeit oder auch Grundeigentum als Erwerbsmittel, ist ein eigener Gegenstand. Dessen Prinzip ist einfach: In allen drei Fällen geht es darum, dass die Akteure sich mit aller Konsequenz affirmativ zu ihrer Revenuequelle als ihrem Besitzstand stellen und jede praktische Schwierigkeit, auf die sie unweigerlich stoßen, mit einer nächsten Errungenschaft ihrer einschlägigen Bemühungen beantworten – mit welcher, das bringen sie sich in ihrer Konkurrenz wechselseitig bei.

In dem Sinne fängt für die Leute mit genügend Geld ihr Job als Kapitalisten damit an – die Rede ist hier nicht von Stereotypen, sondern von der Logik einer Karriere als Charaktermaske der nur an sich selbst Maß nehmenden Geldvermehrung –, dass sie ihr Geld ausgeben, damit es vermehrt zu ihnen zurückkehrt; das permanent und so oft wie möglich, also in einem auf Geschwindigkeit optimierten Kreislauf des Kaufens und Verkaufens. Soweit sie die Wertdifferenz zwischen Vorschuss und Rückfluss mit einem Produktionsprozess unter ihrer Regie, als Arbeitgeber, bewerkstelligen, gehen sie davon aus, dass die Produktivkraft der zu bezahlenden Arbeit, gerade was den zu erzielenden Überschuss betrifft, auf den Märkten zu kaufen, gegen Geld zu entwickeln, also auf jeden Fall und sowieso Leistung ihres Vorschusses auf den erwarteten Ertrag, folglich ganz und gar ihre Sache ist. Ihre Bemühungen um kontinuierliche und möglichst gute Erträge gelten, was die ihnen gehörende Firma betrifft, vor allem der Verkürzung der Produktionszeit, was die Belegschaft zu leisten hat. Für die Dauer von Einkauf und Verkauf, den Aufenthalt ihres Vermögens außerhalb ihres Betriebs und ihres Zugriffs, gilt dasselbe. Das allein ist schon Grund genug, dass Waren- und Geldhändler als besondere Kapitalisten-Spezies – für beide altehrwürdige Berufe gibt es im fertigen Kapitalismus ein ganz neues weites Betätigungsfeld – ihnen die Zeit verkürzen, bis sie erneut liquide sind und aktiv werden können; speziell die alte Er rungenschaft des kommerziellen Kredits leistet da gute Dienste. Dabei steht von Anfang an fest: In ihrer Konkurrenz um Güter und Preise wird praktisch offenkundig, dass das Marktgeschehen ein Kampfplatz gegensätzlicher Interessen ist, auf dem die in Preisen bezifferte Trennung des Bedarfs von seinem Artikel und die im Geld vergegenständlichte private Zugriffsmacht ihren Gewaltcharakter offenbaren. Friedlicher Umgang mit den verfügbaren Erwerbsquellen braucht die Kontrolle durch eine übergeordnete allgemeine Gewalt. Zur Konkurrenz der Kapitalisten gehört damit als eigener erklärungsbedürftiger Gegenstand der Staat als Recht setzender und durchsetzender Gewaltmonopolist, der sich in der Folge in immer mehr Hinsichten für das Gelingen dieser Konkurrenz haftbar machen lässt. Das geht bis dahin, dass die politische Herrschaft als notwendige Bedingung

farbeROT empfiehlt die aktuelle Ausgabe der Zeitschrift GEGENSTANDPUNKT



entwegt fortschreitenden Zerstörungswerks in Gaza nicht verdecken, dass der höhere Sinn dieser Parteinahme für Deutschland ausbleibt: Es gewinnt einfach keinen strategischen Einfluss und Zugriff auf die Gewaltlage vor Ort. Das vermag stattdessen wieder allein Trumps Amerika. Und das tut es explizit nicht als Dienst an seinen europäischen Partnern. Im Gegenteil: Die einstige transatlantische Allianz, unter der deutsche Politiker den imperialistischen Aufstieg ihrer Nation betrieben haben, finden die USA inzwischen eher unerheblich bis lästig. Wie bedauerlich.

Aber tüchtige deutsche Patrioten geben nicht auf. Sie versuchen, auch aus Bedingungen, die sie sich fürs Erste schlicht gefallen lassen müssen, doch noch das Beste für ihre Nation zu machen. Immerhin haben sie das Regiment über ihr Volk. Dem sagen sie die Opfer an, die es bringen muss, damit die Nation nicht zum Opfer der neuen Weltlage wird. Und insofern Kritik daran ganz in der Sorge ums weitere Gelingen des deutschen Machtaufwuchses aufgeht, ist diese Zukunftszugewandtheit regierender Imperialisten weder perspektiv- noch mittellos.

Deshalb kümmert sich der GegenStandpunkt auch in dieser Ausgabe darum, dass die fällige Kritik wenigstens theoretisch stattfindet.

Der aktuelle GEGENSTANDPUNKT ist im Buchhandel oder beim Verlag für 15 € erhältlich.

FRANKFURT: Autorenbuchhandlung • Karl Marx • Land in Sicht
Naumann & Eisenbletter • Ypsilon • DARMSTADT: Georg Büchner • Bessunger
GRIESHEIM: Schlapp • SEEHEIM-JUGENHEIM: Gutenberg
MARBURG: Lehmanns • Buchhandlung am Markt • Roter Stern
MAINZ: Cardabela • BAD HOMBURG: Hugendubel
GIESSEN: Bahnhofsbuchhandlung • RODGAU-JÜGESHEIM: Bücherstube
Bestellungen direkt beim Verlag unter www.gegenstandpunkt.com

der Produktivkraft des nationalen Kapitalismus und des Zusammenwirkens der gesellschaftlichen Klassen sich selbst und die Durchsetzung ihres Gewaltmonopols auch nach außen als übergeordneten politischen Zweck geltend macht. Die Eskalation der Konkurrenz der Kapitalisten in wechselseitig kritischer Symbiose mit der Politik endet mit der Erschließung und Funktionalisierung der Welt durch den Imperialismus der mächtigsten Staaten für den globalen Erfolg ihrer Kapitalisten, für maßloses Wirtschaftswachstum, für die Weltgeltung ihres besonderen nationalen Geldes und, als Geschäftsgrundlage, für die Dominanz ihrer Waffen.

Für die große Masse der Menschen ohne Geld schlägt der Widerspruch des für den Selbstzweck der Kapitalakkumulation funktionalisierten Eigennutzes in der Weise zu, dass sie überhaupt einen Unternehmer finden müssen, der an ihnen als brauchbarer Arbeitskraft interessiert ist. Das Angebot, das sie dazu von sich aus machen können, besteht in Abstrichen von dem Zweck, für den sie arbeiten gehen: nichts anderes, als was die Erfahrung lehrt. Die Schlüsse, die Marx daraus gezogen hat, lehren darüber hinaus, dass diese Paradoxie zur Rason der Produktionsweise gehört, innerhalb der Welt des Kapitals also nicht abzuschaffen ist. Was den Betroffenen – außer der Revolutionierung dieser Welt – da übrig bleibt, ist der Entschluss, aus ihrer Abhängigkeit und programmierten Armut das Bestmögliche zu machen. Der führt konsequent, komplementär zur Rason der Konkurrenz der Kapitalisten mit ihren immanent notwendigen Eskalationsstufen, in die Karriere der Lohnarbeiterexistenz hinein. Der Kampf um die Lösung des Widerspruchs zwischen Zweck und Mittel hebt ihn auf die nächste Stufe: erst längere Arbeit, also mehr Verzicht auf freie Lebenszeit, dann größere Anstrengung, also mehr Verschleiß für mehr Geldmittel, die die vermehrte Verausgabung nicht kompensieren. In jedem Fall kein guter Tausch, den der lohnabhängige Mensch zudem nicht einmal selbst in der Hand hat. Selbst dafür ist er auf Angebote der Arbeitgeberseite angewiesen, die ihrer Natur

Kriegsgebeutelte Völker hin oder her: Die lebenswerte europäische Mittelmacht Deutschland ist ebenfalls ein Leidtragender der Kriege in Osteuropa und Nahost.

In Bezug auf den Ukraine-Krieg lässt der Machtwechsel in Washington alle kriegerische Entschlossenheit deutscher Politiker ins Abseits laufen. Sie wollen zwar weiterhin die Ukraine dafür verschleißen, dass ihr Europa zur Kontinentalmacht aufwächst. Aber alles Geld und alle Waffen, die sie dafür spendiert haben, erweisen sich nicht länger als Investitionen in solch eine goldene Zukunft, sondern als vertaner Aufwand: Trumps Absage an den US-Krieg gegen Russland zerstört die schöne Perspektive, unter amerikanischer Führung Russland als kontinentalen Rivalen zu entmachten und gleichzeitig Deutsch-Europa als kontinentale Vormacht zu etablieren. Wie bedauerlich.

Und was Nahost angeht, kann alle erklärte Solidarität mit Israel, alle vorbehaltlose Unterstützung für dessen Krieg gegen die Hamas, können alle Verrenkungen zur Rechtfertigung des un-

nach die freundliche Seite optimierter Inanspruchnahme sind. Zur konsequenten Fortschreibung dieser Widersprüche gehört der Übergang zu kollektivem Fordern und kollektiver Gegenwehr, an dem sich schon die Geister scheiden, weil er erstens selber Geld und Aufwand kostet und zweitens dem Standpunkt der Konkurrenz widerspricht, der ebenso zur Logik aktiv wahrgenommener Lohnabhängigkeit dazugehört und deswegen auch unter gleichermaßen Geschädigten kein Charakterfehler ist, sondern Merkmal ihres Daseins als Charaktermaske. Die Solidarität unter Betroffenen reproduziert in der Welt der Lohnabhängigkeit den Schaden, gegen den gemeinsam angekämpft wird, in der Weise, dass eine gewerkschaftliche Vertretung mit ihrer Einflussnahme auf die Modalitäten des Geldverdienens seine Fortsetzung einschließlich der Notwendigkeit immer neuer kollektiver Korrekturbemühungen affirmiert und organisieren hilft. Auch in diesem Kontinuum der Widersprüche spielt die Staatsgewalt immerzu entscheidend mit: ermächtigend und beschränkend und immer im Sinne der zweckmäßigen Funktionalisierung des lohnabhängigen Eigennutzes. Dass das Recht samt sozialstaatlicher Fürsorge die Menschen auf diesen Widerspruch ihrer Erwerbsquelle festlegt, erscheint sachgemäß verkehrt als Schutz; was auch in dem Fall keine bloße Täuschung ist, sondern Konsequenz der notwendig verkehrten Herangehensweise der Arbeitnehmer an ihren Job. Das falsche Bewusstsein dazu enthält, nicht ganz so notwendig, immerzu enttäuschte moralische Rechtsansprüche und irgendeine Variante von patriotischem Verantwortungsgefühl. Am Ende entspricht dem fordernden Imperialismus der Kapitalisten und ihrer politischen Betreuer auf Seiten der kopfstarken Manövriermasse der Status und der Standpunkt des politisierten Volkes.

◄ **Lesetipp:** Das System der freien Konkurrenz der Kapitalisten ist ausführlich dargelegt in gegenstandpunkt.com/konkurrenz-der-kapitalisten

Die Rettung der deutschen Volksseele – vor den Vertretern eines verfassungsfeindlichen Volksbegriffs und vor unerwünschten Ausländern

Um das deutsche Volk wird sich im Jahr 2025 gekümmert, dass es kracht.

Zum einen sieht sich die AfD seinem Schutz verpflichtet, und das heißt laut Gutachten des Verfassungsschutzes: Sie kümmert sich um seine Reinheit, also darum, dass es endlich nicht mehr durch fremde Elemente versaut werde. Dass ihr das nicht zum allgemeinen Lob gereicht, sondern zum Prädikat „gesichert rechts-extremistisch“, liegt in erster Linie an ihrem „ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff“. Die Scheidung von In- und Ausländern hat sie zwar weder erfunden, noch hat sie ein Alleinstellungsmerkmal darin, dass sie ihre härtere Durchsetzung in Form eines undurchlässigen Grenzregimes fordert und außerdem „fremden- und minderheitenfeindliche Aussagen und Positionen“ vertritt. Aber dass sie ausweislich der auf über 1000 Seiten Gutachten fein säuberlich zusammengetragenen Aussagen ihrer führenden Mitglieder im Unterschied zum Grundgesetz*) zweierlei Sorten Deutsche kennt: echte und bloße „Pass“-Deutsche mit Migrationshintergrund, das verstößt gegen die Verfassung. In der hat die herrschende Politik nämlich festgelegt, dass das maßgebliche Abstammungsprinzip (deutsch ist, wer mindestens einen deutschen Elternteil hat) in bestimmten Fällen durch das Geburtsortprinzip ergänzt wird und außerdem Einbürgerungen unter bestimmten Bedingungen möglich sind. Wie weit also ein „abstammungsmäßiger Volksbegriff“ gilt (immerhin so weit, dass auch Menschen, die mit Deutschland nie etwas zu tun hatten, aber Nachfahren von sog. Spätaussiedlern sind, umstandslos die Staatsbürgerschaft erhalten) und

wo der erweitert wird, das entscheiden die staatlichen Institutionen gemäß staatlichen Prinzipien. Wer sich an diesen Prinzipien vergeht, indem er die Aufnahme von Menschen „mit Migrationsgeschichte“ in das deutsche Volk abschaffen will, der vergeht sich am Staat überhaupt und verdient es, fortan mit allen Mitteln eines Geheimdiensts beobachtet zu werden. Und weil der deutsche Staat sich in seine Satzung als Erstes geschrieben hat, dass sich jede von ihm ausgeübte Gewalt allein dem Schutz des Menschen schlechthin verschreibt, wirft auch sein innerer Geheimdienst der abweichenden Partei nicht schlicht die Abweichung vom politischen Konsens vor, sondern ein Vergehen gegen die Menschenwürde. Dieses allerhöchste Gut des Menschen-in aller Abstraktion von jedem konkreten Willensinhalt wird der als Subjekt anerkannt, das überhaupt einen Willen hat – wird vom deutschen Staat qua Grundgesetz jedem Menschen auf deutschem Boden zugeschrieben.

Dass die AfD in ihrem Herumreiten auf dem dazu durchaus widersprüchlichen Dogma des Staats, dass er zuallererst dem deutschen Volk verpflichtet ist (das sich ja angeblich das Grundgesetz gegeben hat), die Menschenwürde erst mit der (biologisch verbürgten) Nationalität beginnen lassen will, geht also gar nicht: Wenn eine Partei im Falle einer Regierungsübernahme eingebürgerte oder qua Geburt in Deutschland vom deutschen Staat zu seinen Bürgern gemachte Leute als unechte Deutsche entfernen und Ausländer über die rechtlich festgelegte Diskriminierung hinaus prinzipiell fernhalten, schikanieren und entgegen staatlich festgeschriebenen

Schutzansprüchen abschieben will, verstößt sie gegen die Verfassung und gehört eigentlich verboten.

Was hingegen mit der Verfassung geht, und nicht nur das, führt Volksschützer Dobrindt praktisch vor. Im Juli verkündet der Innenminister vom höchsten Berg Deutschlands aus stolz, „dass Deutschland nicht mehr im Bremserhäuschen sitzt in der EU, sondern dass wir mit in der Lokomotive fahren, wenn es darum geht, die Migrationspolitik zu verstärken“ (Dobrindt, 18.7.25). Wenn der deutsche Staat mit aller Polizei- und Rechtsgewalt, die er aufbieten und europäisch mobilisieren kann, die unerwünschten „irregulären“ Migranten an der Einreise hindert, sie mit innovativen neuen Lösungen und ganz vielen Überstunden der Bundespolizei – Asylwunsch hin oder her - zurückweist; wenn er die schon im Land befindlichen so drangsaliert, dass sie es am besten selber nicht hier aushalten wollen, und sie, wo es geht, abschiebt – zur leider etwas vernebelten Kulisse der Zugspitze gesellt sich die frohe Nachricht eines Deportationsflugs nach Afghanistan am selben Morgen –, dann tut er das alles in Umsetzung der Verfassung und unter Wahrung der Menschenwürde. Dass die Würde des Menschen unantastbar ist, nutzt der Staat praktisch als Freibrief dafür, den Menschen, an denen diese Würde hängt, so übel mitzuspielen, dass sie auch aus Deutschland lieber die Flucht ergreifen. Gewahrt wird ihre Würde eben dadurch, dass Abzuschieben- den ihre mögliche Abschiebung lange vorher schriftlich mitgeteilt wird, Zurückweisungen nur mit der nötigen und ohne unnötige Gewalt

erfolgen, Bezahlkarten rechtssicher eingeführt werden und den Leistungsbeziehern zwar einiges vorschreiben, aber nicht, wofür genau sie das Geld auszugeben haben, usw. Das ist es dann aber auch. Wenn Richter in ihrer Unabhängigkeit manche Abhaltemaßnahmen doch einmal kritisch beurteilen und verbieten, weil sie auf Formalismen des Asylrechts bestehen, ist Dobrindt praktisch lieber bei der AfD: Dann steht so ein Urteil für eine andere „Rechtsauf-fassung“, und es ist erst noch zu durchleuchten, welche stimmt. Im Zweifelsfall wird die Rechtslage passend gemacht – mit welcher Mehrheit auch immer. Auch das kann schließlich nicht falsch sein, nur weil womöglich mal wieder die Falschen zustimmen, nämlich die von der rechten Konkurrenzpartei. So oder so wird der dahergekommene Mensch zwar mit keinem einzigen konkreten Bedürfnis oder Interesse, aber stets in seiner Eigenschaft als Rechtssubjekt geschützt. Deshalb ist Dobrindts Politik gegen unerwünschte Ausländer in diesem Land erstens selbstverständlich erlaubt. Vor allem aber ist deren Drangsalierung viel mehr als das, nämlich oberstes Gebot, höchster Dienst an seinen Deutschen und als solcher für den Lokführer Grund für hemmungslosen Stolz. ◀

*) „Art 116 GG: (1) Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.“

Apropos „Drecksarbeit“ Berliner Kriegshetze

Es hat etwas Lächerliches an sich, wenn der Kanzler eines Staates, dem – Staat wie Kanzler – der Chef der einen großen Weltmacht wiederholt seine Irrelevanz in ersten weltpolitischen, also Kriegsfragen bescheinigt, auf Nachfrage so antwortet, als wäre Israels Überfall auf den Iran so etwas wie eine tapfere Dienstleistung an einem überragenden strategischen Interesse der deutschen Nation. So als hätte ihm noch niemand erklärt, was der israelische Kollege tagtäglich erklärt: dass Israel allein aus seinem eigenen Sicherheitsinteresse heraus, das unterhalb einer kriegerisch abschreckenden Unterwerfung der ganzen Region nicht saturiert ist, seine Feinde definiert und allein sich selbst deren Vernichtung um jeden Preis schuldig ist; und dass es Respekt allein vor dem doch noch viel größeren Partner Amerika hat.

Aber wenn es nur das wäre.

Mit größter Selbstverständlichkeit, so als wäre gar nichts weiter dabei, definiert der Kanzler der – das kann gar nicht oft genug in Erinnerung gebracht werden – drittgrößten Volkswirtschaft der Welt Deutschlands Verhältnis zum Krieg, im Allgemeinen und im Besonderen; nicht neu, aber zeitenwendgemäß vorwärtsweisend.

Im Allgemeinen stellt er klar, dass für seinen Staat militärische Verwüstungsaktionen unter die Kategorie Lösung fallen; vorausgesetzt nur, sein Staat sieht in der Existenz und dem Machtstreben einer anderen Herrschaft ein Problem, dem mit anderen Methoden erpresserischer Schädigung – dem Stoff der Diplomatie – nicht zur eigenen Zufriedenheit beizukommen ist. Dass Merz Deutschlands Problem mit der iranischen Staatsgewalt mit den Stereotypen des moralischen Feindbilds erläutert – „Mord und Totschlag über die Welt gebracht“ usw. –, ist als Eingrenzung des deutschen Kriegsinteresses auf den nahöstlichen Sonderfall gemeint, drückt in seiner moralischen Beliebigkeit aber das Gegenteil aus: Grund für Krieg als Problemlösung gibt es vom deutschen Standpunkt aus im Prinzip überall, wo eine Obrigkeit ihre Macht gegen

von ihr definierte Todfeinde durchsetzt – und wo wäre das nicht der Fall! Tatsächlich findet Deutschland Krieg also überall da angebracht, wo es, wie auch immer, sich betroffen sieht: Da wird, so Merz, für uns alle mutig zugeschlagen.

Im besonderen Fall des israelischen Iran-Kriegs bekennt sich die deutsche Staatsführung – einmal mehr – zu ihrem Zynismus in Sachen Krieg. Gemeint ist nicht der Ausdruck „Drecksarbeit“, um den sofort eine politische Anstandsdebatte losgegangen ist: eine Debatte, die im Endeffekt doch nicht das Wunschziel erreicht hat, dass sich irgendwer, Merz selbst womöglich, dafür schämt, die Herstellung „unschuldiger Opfer“ so sauerländisch bezeichnet zu haben; die eher den Konsens bekräftigt, auf den die Moral der „Zeitenwende“ ohnehin zuläuft: dass man sich nicht so zartbesaitet geben soll und im Übrigen auch nicht dauernd das Völkerrecht als Imperativ der Politik beschworen werden sollte, wenn es um die Gewaltseite der nationalen Interessen geht. In einem harten objektiven Sinn zynisch ist der staatseigene deutsche Standpunkt, den eigenen Kriegswillen, zu dem die Führung sich bedingungslos bekennt, von anderen, deswegen befreundeten Mächten und auf deren Kosten exekutieren zu lassen – so wie seit über drei Jahren in der Ukraine. Im besonderen Fall Israel darf man sich in Deutschland sicher sein, dass die womöglich ganz große „Drecksarbeit“ beim ach so skrupellosen US-Präsidenten in den allerbesten Händen ist; und dass mit einer israelischen Aufforderung, dann doch bitte die Bundeswehr in den Kampf für „unsere gemeinsame Sache“ zu schicken, definitiv nicht gerechnet werden muss. Dass Deutschland eine blutige „Drecksarbeit“ für andere erledigt – so wie aus Berliner Sicht Israel, das dafür Lob und Dank verdient –, damit ist weder dort noch überhaupt zu rechnen. Dafür, dass es das wirklich Nötige in eigener Regie erledigen kann, verschafft es sich bis zum Ende des Jahrzehnts die stärkste konventionelle Armee Europas. Wenn es die hat, steht Deutschland mit seinem Anspruch auf fremde „Drecksarbeit“ ganz anders da. ◀

POLITISCHER DISKUSSIONSKREIS

farbeROT lädt zur Diskussion

Für alle, die offen gebliebene Fragen aus unseren Veranstaltungen diskutieren wollen, und für Leute, denen die in der Öffentlichkeit verbreiteten Argumente zu den Vorzügen und Sachzwängen unserer Wirtschaftsweise sowie zur deutschen Innen- und Weltpolitik nicht (mehr) einleuchten, bieten wir diesen Diskussionstermin an.

Ort:	Studierendenhaus Campus Bockenheim Jügelstraße 1, Frankfurt
Raum:	K1, K2, K3 (erster Stock) oder K4 (zweiter Stock)
Zeit:	donnerstags vierzehntägig, 19 Uhr
Termine:	Termine, Themen und Raumänderungen werden zeitnah auf www.farberot.de veröffentlicht

farbeROT empfiehlt:

Peter Decker (Hrsg.)

Demokratie Die perfekte Form bürgerlicher Herrschaft

Freie Wahlen werden amtlich als Kernstück der Demokratie geschätzt. In der Demokratie, heißt es, wird nicht einfach regiert – das Volk erteilt per Abstimmung den Auftrag zur Wahrnehmung der Staatsgeschäfte.

Weniger amtlich betrachten Politiker wie Wähler diese Veranstaltung ohne solche Ehrerbietung. Demokratische Politiker nehmen Wahlen nüchtern als Bedingung und Gelegenheit, auf Kosten der Konkurrenten an die Macht zu gelangen. Und mündige Bürger haben Wahlen längst als Schwindel durchschaut. Wählen gehen sie selbstbewusst ohne Illusionen, damit etwas zu ‚bewirken‘ oder zu ‚verändern‘.

Sowohl die hohe Meinung über die hehren Grundsätze demokratischer Machtausübung wie auch das abschätzigste Urteil über die praktische Betätigung des Volkswillens übergehen allerdings, was das Institut der freien Wahlen tatsächlich leistet: Mit den Wahlkreuzen legitimiert sich immerhin eine Herrschaft, die sich auf ihre Unabhängigkeit von ihrer Basis – vom ‚Druck der Straße‘ – viel zugute hält und von ihrer Freiheit regen Gebrauch macht. Und auch wenn es aufgeklärten Zeitgenossen ‚letztlich doch egal‘ ist, von wem sie regiert werden; egal sollte es ihnen nicht sein, dass sie von ihrer demokratisch gewählten Herrschaft alle Lebensbedingungen serviert bekommen, mit denen sie praktisch zurechtkommen müssen.

Peter Decker (Hrsg.)

Demokratie Die perfekte Form bürgerlicher Herrschaft

GEGENSTANDPUNKT